

Horst Sund

Mitglied Jury ARNO-ESCH-Preis
Rektor der Universität Konstanz

Student und Politik in den 80er Jahren

Das Wartburgfest 1817 oder die Ereignisse im Mai 1968 in Paris sind nur zwei Beispiele für politische Einflußnahme von Studenten. Immer wieder waren es Studenten, die Reformideen zuerst aufgriffen und diese Ideen gleichsam modellhaft vorausdachten und vorlebten.

Doch es gibt auch eine "politische Mattigkeit der Gebildeten" (Friedrich Naumann), ein Beharren auf dem Gewohnten, ein den Ereignissen Hinterherlaufen wie streckenweise während der friedlichen Revolution an DDR-Hochschulen im Oktober/ November 1989.

Es hat gute Gründe, wenn studentische Haltungen gegenüber Politik, Demokratie und Gesellschaft öffentliche Aufmerksamkeit finden: Aus dem Kreis der Studentenschaft rekrutieren sich in erster Linie zukünftige Funktions- und Machteliten. Studenten gelten als hoch-sensible Träger neuer kultureller, sozialer und politischer Strömungen. Studenten greifen zuweilen selbst mit Demonstrationen und Protesten in das politische Geschehen ein.

Um ein repräsentatives Bild der politischen Grundströmungen in der Studentenschaft der 80er Jahre zu zeichnen, das über Einzelbeobachtungen und -erfahrungen hinausreicht, ist es nützlich, sich auf sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu stützen, wie sie seit Anfang der 80er Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung in Konstanz von Bargel, Framheim, Peisert und Sandberger durchgeführt werden. Aus ihnen lassen sich manche Veränderungen in den politischen Orientierungen und Haltungen der Studentenschaft im Verlauf des letzten Jahrzehnts ablesen.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, so belegen diese Untersuchungen, ist das allgemein-politische Interesse der Studentenschaft viel stärker ausgeprägt. Die Möglichkeit, sich mit politischen Problemen zu beschäftigen, schätzen viele als Vorteil des studentischen Lebens. Das politische Interesse verbindet sich mit einem offenen und pluralistischen Demokratieverständnis und einem hohen normativen Verpflichtungsgefühl zur politischen Teilnahme - auf jedem Fall in den elf Alt-Bundesländern.

Dabei hat sich die distanziert-mißtrauische Haltung gegenüber bestehenden Institutionen der Demokratie - wie sie Kennzeichen der 68er Studentengeneration war - etwas abgeschwächt.

Demokratiebestrebungen in radikal außerparlamentarischer oder basisdemokratischer Form finden weniger Zustimmung als noch vor einigen Jahren. Allerdings werden unverändert die demokratischen Einrichtungen vielfach als reformbedürftig betrachtet. Insbesondere hat sich die kritische Haltung der Studierenden zur praktizierten Politik der Parteien in ihrer Grundrichtung wie in ihrer Problembewältigung nicht verringert, sondern sogar weiter verbreitet.

Dies drückt sich in der Auffassung aus, daß sich die etablierten Parteien zu wenig um die tatsächlich wichtigen und drängenden Probleme kümmern. Annähernd drei Fünftel der Studierenden meinen, daß sich die gegenwärtige Politik zu stark am Wachstum und den Interessen der Industrie und zu wenig an der Lebensqualität der Menschen, insbesondere im Hinblick auf Verbesserung der konkreten Umweltsituation, orientiere.

Dies heißt aber keineswegs, daß die Studierenden die freie Marktwirtschaft oder privates Unternehmertum mehrheitlich oder grundsätzlich ablehnen, wie sich aus der politischen Zielhierarchie ablesen läßt: Umweltschutz und Gleichstellung der Frau, gefolgt von stabilen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, stehen ganz oben in der Zielhierarchie der Studierenden; diese Ziele werden nahezu einmütig von mehr als vier Fünftel der Studierenden kontinuierlich unterstützt.

Daneben sind in den 80er Jahren Verschiebungen festzustellen, die teilweise so erheblich sind, daß von einem Umschwung im

